

Dresden, den 31.03.2016



Pressemitteilung

Landesschülerrat Sachsen
Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden
presse@lsr-sachsen.de

Verbeamtung löst nicht den Lehrermangel

Der LandesSchülerRat Sachsen steht den jüngsten Äußerungen von sächsischen Abgeordneten der CDU kritisch gegenüber. Nach Angaben der CDU-Fraktion werde es zu Beginn des neuen Schuljahres knapp 1000 Vollzeitlehrer zu wenig im Freistaat geben, da diese auf dem freien Markt nicht vorhanden wären. Dass Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern unattraktiv für neue Lehrer ist, ist kein Geheimnis. Während nahezu die gesamte sächsische CDU eine Verbeamtung von Lehrkräften im Freistaat seit vielen Jahren ablehnt, haben sich nun Abgeordnete der Fraktion offen für diesen Schritt ausgesprochen.

Eine Verbeamtung von sächsischen Lehrern lehnt der LandesSchülerRat Sachsen in seinem Grundsatzprogramm, ebenso wie die zuständige Lehrgewerkschaft GEW, entschieden ab. Pensionen würden hohe Kosten verursachen, ungeeignete Lehrer wären im Zweifelsfall nicht kündbar. Stattdessen muss das Land den Lehrerberuf in Sachsen beispielsweise mit Höhergruppierungen oder Abminderungsstunden attraktiver gestalten. Eine Verbeamtung zementiert die „schlechten“ Lehrer im System, da sie unkündbar sind. Mehrkosten des Vorhabens müssten die zukünftigen Generationen bezahlen, eine Verbeamtung ist nicht zeitgemäß.

Nico Schötz, stellvertretender Vorsitzender des LSR, dazu: „Erfreulich ist, dass die CDU das akute Problem Lehrermangel in unserem Land erkennt und zumindest Änderungswillen zeigt. Allerdings hoffen wir, dass die Abgeordneten ihren Vorschlag noch einmal überdenken und sich davon abwenden. Wir benötigen pragmatische und langfristige Lösungen, keine kurzfristigen Affekthandlungen.“

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Leonard Kühlewind, per E-Mail an leonard.kuehlewind@lsr-sachsen.de.